

PLENUM 2020



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Das Konjunkturpaket hilft schnell und unbürokratisch

MARTINA STAMM-FIBICH:

Der globale Kampf gegen das Corona-Virus

GABRIELA HEINRICH:

Covid 19: Solidarität und Hilfe weltweit

CARSTEN TRÄGER:

Mit „Wumms“ aus der Krise – und zwar nachhaltig

Das Konjunkturpaket hilft schnell und unbürokratisch

Milliarden-Unterstützung für Familien, Kommunen, Wirtschaft und die Kultur.

Die COVID-19-Krise ist nicht vorbei. Auch wenn es erfreuliche Lockerungen von fast allen Beschränkungen gibt, befindet sich die Krisenbewältigung nur in einer neuen Phase. Ein gigantisches Konjunkturpaket mit sozialdemokratischer Handschrift leitet diese ein.

Ankurbeln der Nachfrage – mehr Kaufkraft

Ab dem 1. Juli wird die Mehrwertsteuer für ein halbes Jahr auf 16 Prozent gesenkt. Das ist auch ein psychologisches Signal, um den eingebrochenen Konsum wieder anzuregen. **20 Milliarden Euro mehr private Nachfrage kann die Senkung der Mehrwertsteuer bewirken.** Ab dem 1.1.2021 entfällt für 90 Prozent aller Berufstätigen der Solidaritätszuschlag, eine Entlastung um weitere 11 Milliarden Euro.

Die sogenannte EEG-Umlage wird gesenkt, weil hohe Stromkosten vor allem Menschen mit geringem Einkommen treffen. **Elf Milliarden Euro mehr stehen den Stromverbrauchern voraussichtlich durch die Senkung zur Verfügung.**

Familien erhalten je Kind einen Bonus von 300 Euro. Das hat die SPD in den Verhandlungen durchgesetzt. Das Konjunkturprogramm stärkt also auch die von den Einschränkungen besonders gebeutelten Familien. Den Kinderbonus gibt es obendrauf aufs Kindergeld – 150 Euro im September und

150 Euro im Oktober. Er wird nicht auf Sozialleistungen wie etwa die Grundsicherung angerechnet. Der Kinderbonus wird bei Gutverdienern wie beim Kindergeld mit dem Freibetrag verrechnet. **Das Einkommen der Familien in Deutschland steigt damit um 4,3 Milliarden Euro.** Wir investieren mit dem Konjunkturpaket auch zusätzlich eine Milliarde Euro in die Kitas, 1,5 Milliarden in Ganztagschulen, und eine Milliarde in die Digitalisierung aller Schulen.

Nach den Sommerferien sollen die Schulen wieder ganz öffnen. Und auch die Kitas kehren langsam in den Regelbetrieb zurück. Geschlossene Schulen und Kitas haben viele Alleinerziehende vor riesige Probleme gestellt. Diese Sonderbelastung soll das Konjunkturpaket etwas kompensieren: Der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wird 2020 und 2021 mehr als verdoppelt (von 1.908 Euro auf 4.008 Euro). **Zusammen mit dem Kinderbonus werden Alleinerziehende damit spürbar mehr im Geldbeutel haben** (bei beispielweise 40.000 Euro Gehalt brutto jährlich und zwei Kindern zusammen mit dem Kinderbonus ungefähr 1.200 Euro mehr)..

Hilfe für Kommunen

Zu einem Konjunkturpaket gehört es für die SPD dazu, auch die Kommunen im Blick zu halten. In der Kommune wird in die Lebensqualität der Menschen investiert. Der Bund übernimmt

deswegen künftig die Hälfte der ausgefallenen Gewerbesteuer (6 Milliarden Euro; die andere Hälfte sollen die Länder tragen) und erhöht seinen Anteil an den Wohnkosten für Menschen, die Grundsicherung erhalten (3,4 Milliarden Euro im Jahr). Auch beim ÖPNV in den Kommunen gibt es Unterstützung vom Bund (2,5 Milliarden Euro zusätzlich). **Diese Maßnahmen zusammen ergeben über 12 Milliarden mehr für die Stadt- und Gemeindegeldbeutel.**

Soziale Infrastruktur sichern

Das Zuschussprogramm mit nicht rückzahlbaren Überbrückungshilfen verlängern wir, damit gesunde Betriebe – und die dortigen Arbeitsplätze – erhalten bleiben. Davon profitieren nicht nur Reisebüros, Clubs und Bars. Antragsberechtigt sind auch gemeinnützige Organisationen und Einrichtungen, zum Beispiel der Behindertenhilfe und Jugendherbergen. Eine Milliarde Euro stellen wir darüber hinaus für ein Kreditprogramm speziell für gemeinnützige Organisationen zur Verfügung.

Eine Milliarde fließt in ein Programm für den Kulturbereich. Den erleichterten Zugang zum Arbeitslosengeld II verlängern wir bis 30. September. Das hilft übergangsweise vielen Solo-Selbständigen, gerade in der Kreativwirtschaft. Die Miete wird zu den tatsächlichen Kosten übernommen und eine Vermögensprüfung findet erst bei einem Vermögen über 60.000 Euro statt.



Der globale Kampf gegen das Corona-Virus

Neuigkeiten aus der Forschung, aber auch Betrüger unterwegs.

In der Therapie von COVID-19 gibt es beständig neue Entwicklungen. Es ist schwer mit den Entwicklungen Schritt zu halten, deswegen haben wir einige der interessantesten Entwicklungen zusammengefasst.

Die wohl hoffnungsvollste Nachricht stammt aus Großbritannien: Am 16. Juni hat die Universität Oxford erste Ergebnisse einer Studie zur Therapie mit Dexamethason veröffentlicht. Das entzündungshemmende Steroid habe erhebliche Wirkung bei schwerkranken Patienten gezeigt. Es soll die Überlebenschancen von beatmungspflichtigen Patienten um bis zu 40 Prozent steigern. Dexamethason ist außerdem günstig herzustellen und bereits breit verfügbar. Auch wenn

dies nur eine erste Studie ist, sind dies vielversprechende Neuigkeiten für die Behandlung von COVID-19.

Eine andere Nachricht kommt aus Deutschland und betrifft CureVac. Der Bund stieg vor kurzem über die KfW mit 300 Millionen Euro bei dem biopharmazeutischen Unternehmen ein. Während es durchaus Argumente gegen die staatliche Beteiligung gibt, ist dies ein starkes Signal gegenüber Nationalisten und Populisten, die nun – nachdem sie beim Management der Coronakrise auf ganzer Linie gescheitert sind – versuchen einen etwaigen Impfstoff zu monopolisieren.

Man darf dennoch nicht die negativen Seiten dieses globalen Bemühens

verhehlen, denn auch viele Betrüger versuchen die Coronakrise zu nutzen. Bereits Ende Mai berichtete der britische Guardian über das Unternehmen Surgisphere.

Dieses hatte für eine Studie zur Schädlichkeit von Hydroxychloroquin offenbar Daten geliefert, deren Herkunft nicht verifiziert werden konnte. Ebenfalls beunruhigende Nachrichten kommen aus Deutschland selbst: Offenbar werden unaufgefordert Schutzmasken an Arztpraxen geliefert.

Die Rechnung verweist auf das Bundesministerium für Gesundheit als Partner. Das ist aber nicht der Fall. Das Ministerium hat zur Thematik bereits einen Warnhinweis veröffentlicht.

Bundesrechnungshof rügt UPD-Finanzierung

In der öffentlichen Anhörung zur Ausgestaltung der Unabhängigen Patientenberatung Deutschlands (UPD) kritisieren die Experten die Situation scharf. In einem eigenen Bericht rügt der Bundesrechnungshof (BRH) die undurchsichtige Finanzierung der UPD und fordert einen Neuanfang.

Bereits bei der Neuausrichtung der UPD im Jahr 2016 hat die SPD-Bundestagsfraktion ausdrücklich davor gewarnt, die UPD per Ausschreibung an ein gewinnorientiertes Unterneh-

men zu vergeben. Nach der Anhörung und dem Bericht des BRH bleibt festzuhalten, dass unsere Bedenken berechtigt waren. Zum einen führt die befristete Ausschreibung der UPD zum Verlust von Know-How, wenn alle sieben Jahre neue Strukturen aufgebaut werden müssen.

Zum anderen führt das Vergabemodell laut dem BRH zu Verschwendung von Fördermitteln. Darüber hinaus hat der jetzige Betreiber die vielen Versprechen aus der Bewerberphase trotz

einer erheblichen Aufstockung der Mittel auf neun Millionen Euro nicht eingehalten.

Was wir brauchen ist Kontinuität und Integrität. Beides kann ein Ausschreibungsmodell nicht leisten. Gleichzeitig muss gewährleistet werden, dass die UPD strukturell unabhängig ist. Das ist beim jetzigen Finanzierungsmodell durch die gesetzlichen Krankenkassen nicht der Fall. Deshalb werde ich mich für ein alternatives steuerfinanziertes und wirklich unabhängiges



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Corona-Pandemie: Solidarität und Hilfe weltweit

Drei Milliarden Euro zusätzlich für die globale Bekämpfung der Pandemie.

In Deutschland gab es viele Corona-Tote, schwere Verläufe der Krankheit und noch nicht absehbare Folgen für die Menschen und für die Wirtschaft. Im internationalen Vergleich ist Deutschland trotz alledem einigermaßen glimpflich durch die Pandemie gekommen. Andere Länder waren zum Teil viel stärker betroffen. Wir müssen helfen!

Aus Lateinamerika, Asien und Afrika hören wir von dramatischen Auswirkungen der Pandemie: Besonders anfällig sind Staaten, in denen die Menschen unter humanitären Krisen leiden. Viel zu viele Menschen sterben, weil es extreme Armut, keine funktionierende Gesundheitsversorgung und kein sauberes Trinkwasser gibt. Besonders Frauen leiden darunter. Insbesondere Afrika ist zudem von der globalen Rezession betroffen – 20 Millionen Jobs sind durch Corona bedroht, der Außenhandel für Afrika könnte um 240 Milliarden Euro schrumpfen. Politische Instabilität, Hungersnöte und neue Fluchtbewegungen sind die Risiken.

Deutschland und Europa sind in einer globalisierten Welt mit den Ländern des globalen Südens unentwerrbar vernetzt. Deswegen betreffen uns auch die dortigen COVID-19-Folgen. Die SPD setzt auf eine globale Antwort auf die Coronakrise: mit bewährten Mitteln der Kooperation, der

Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe. Der Rückzug ins Nationale dagegen würde gar nichts helfen.

Die internationalen Corona-Antworten beginnen in **Europa**. Die Europäische Kommission hat eine deutsch-franzö-

"Eine globale Krise braucht globale Antworten."

sische Initiative aufgegriffen, die zur wirtschaftlichen Erholung Europas beiträgt. Kernstück: ein 500-Milliarden-Euro-Fonds, den wir während der deutschen Ratspräsidentschaft abschließen wollen.

Richten wir den Blick über den europäischen Tellerrand hinaus, werden wir auch nicht untätig sein. Das aktuelle Konjunkturpaket beinhaltet **drei Milliarden Euro zusätzlich für die weltweite Bekämpfung der Pandemie**. Das bedeutet insbesondere: Wir wollen mehr Geld (und schnelleres Geld) für die humanitäre Hilfe bereit-

stellen. Deutschland wird als weltweit zweitgrößter Geber in der **humanitären Hilfe** einen Beitrag zur Deckung des zusätzlichen humanitären Bedarfs leisten. Außerdem wollen wir mit entwicklungsfördernder und strukturbildender **Übergangshilfe** flexibel auf die teilweise unterschiedlichen Corona-Auswirkungen in den Krisenregionen reagieren.

Wir wollen konkret **medizinische Hilfe in anderen Ländern** leisten – mit Schutzkleidung, medizinischem Gerät, Testmöglichkeiten, Forschungskooperation und Beratung. Das leisten wir sowohl mit bilateraler Entwicklungszusammenarbeit als auch mit Hilfe der bewährten multilateralen Instrumente gemeinsam mit anderen Staaten, zum Beispiel über die WHO oder die Weltbank.

Wichtig ist die **Schuldenstundung** für die ärmsten Länder der Welt, die auf der Ebene der G20 erreicht werden konnte. Und unsere Entwicklungszusammenarbeit wird nachhaltig besonders belasteten Gesellschaftsgruppen helfen.

In der zweiten Jahreshälfte 2020 kann Deutschland viel gestalten – im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft und des Vorsitzes im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Wir wollen weiterarbeiten an globalen Antworten auf die Krise, die die ganze Welt betrifft.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Mit „Wumms“ aus der Krise – und zwar nachhaltig!

Das Rekord-Konjunkturpaket stellt die Weichen auf Zukunft. Wir kurbeln nicht nur mit voller Kraft die Binnennachfrage an, sondern geben gleichzeitig den Investitionen neuen Schub – sozial, zukunftsorientiert und klimafreundlich.

Ein solches Konjunkturpaket hat es noch nie gegeben: 130 Milliarden Euro stehen zur Verfügung, um die Krise zu bewältigen – und um die Weichen auf Zukunft zu stellen.

50 Milliarden für Zukunftstechnologie

Mit diesem nie dagewesenen Investitionsprogramm kann unser Land gestärkt aus dieser Krise kommen und wird in entscheidenden Bereichen besser aufgestellt sein als zuvor. 50 der 130 Milliarden bilden deshalb das „Zukunftspaket“ mit Maßnahmen für Digitales, Bildung und Gesundheit, vor allem aber für umwelt- und klimafreundliche Zukunftstechnologien.

Umweltprämie, neue Antriebstechnologien und Mobilitätswende

Energie- und Mobilitätswende sind zentral für erfolgreichen Klimaschutz, für gute Lebensbedingungen und für die Zukunft unseres Wirtschaftsstandortes. Mit bis zu zehn Milliarden Euro stärken wir die Automobilbranche auf dem Weg zu klimafreundlichen Antrieben. Die Umweltprämie des Bundes für den Kauf von Elektroautos bis 40.000 Euro wird von 3.000 auf 6.000 Euro verdoppelt. 2,5 Milliarden Euro zusätzlich werden in den schnellen Ausbau des Ladesäulennetzes und die Elektromobilitätsforschung inves-



tiert. Ein Bonusprogramm fördert direkt Forschung und Investitionen der Hersteller und Zulieferer.

Neuer Schub für die Erfolgsgeschichte Erneuerbare Energien

Die Förderung der Erneuerbaren Energien in Deutschland ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Nach langem Druck blockiert die Union endlich die Abschaffung des Solardeckels nicht weiter. Gleichzeitig wird ein Teil der EEG-Umlage künftig nicht mehr auf die Nutzer umgelegt: Die Umlage sinkt von jetzt 6,756 ct/kWh auf 6,5 ct/kWh im Jahr 2021 und 6,0 ct/kWh im Jahr 2022 – eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger um insgesamt 11 Milliarden Euro. Steigende Strompreise sind damit kein Argument gegen den Ausbau der Erneuerbaren

mehr – die Erfolgsgeschichte erhält kräftig neuen Schub!

Milliarden für die Schlüsseltechnologie Wasserstoff

Die Wasserstoffnutzung ist eine Schlüsseltechnologie. Mit Investitionen von 7 Milliarden Euro wird Deutschland Leitmarkt für eine nachhaltige Wasserstoffwirtschaft werden. Wir legen den Grundstein für eine neue Exporttechnologie. Bis 2030 wollen wir Elektrolysekapazitäten von 5 GW und bis 2035 von 10 GW aufbauen.

Soziale Sicherheit, starke Wirtschaft, Innovation und Klimaschutz – das sind die vier Säulen dieses Konjunkturpakets. Mit ihm wird unser Land gerechter, stärker und ökologischer.